Nummer 371

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 76. Jahrgang. Dienstag, 12. August 1930

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse sowie ausführliche Berichte über die internationalen Börsen, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten
Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage, „Kunst Welt Wissen" mit Roman sowie Aktuelle Fragen aus dem Wirtschaftsrecht.

Für Manuskripte keine Verantwortung

Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwort. Leiter Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Jäger. Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen. Lokales und Sports: Gerhart Reinner. Inseratenteil: i. V.: A. Lorenz, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespalt. Zeile 1,20 Rmk., Reklamezeile 5 Rmk. Bezugspreis: Monatl. 6 Rmk. ohne Bestellgeld einschl. Rmk. 0,96 Postzeitungsgebühr (§ 8 U. St. G.). Die Zeitung erscheint i. d. Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle u. alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband od. Postanweisung. Postanweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich u. Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1930 für Amerika 7,50 $, Frankreich 155 frans. Francs, Belgien 44 Belga, Schweiz 40 schweiz. Franken, Holland 16 holl. Gulden, Dänemark 22 dän. Kronen, Schweden 27 schwed. Kronen, Norwegen 28 norweg. Kronen, England 30 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1200 rumänische Lei, Spanien 50 span. Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 60 Milreis, Argentinien 18 Pesos, Jugoslawien 400 Dinare, Oesterreich 38 Schillinge, Litauen 70 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 300 finnische Mark, Estland 22 estnische Kronen, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark, U. d. S. S. R. 30 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Lohntarif-Kündigung im Ruhrbergbau?

Essen, 11. August.

Am heutigen Montag hat eine Zechenbesitzer-Konferenz beim Bergbauverein stattgefunden, die sich mit der Frage der Kündigung des am 30. September ablaufenden Lohntarifes befaßte. Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht gefallen, indessen kann jetzt mit höchster Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß die Kündigung am 18. August (sechswöchige Frist) von Arbeitgeberseite ausgesprochen wird. Die beabsichtigte Kündigung des Lohntarifes zum 30. September d. J. wird erfolgen, auch wenn eine kurzfristigere Verlängerung der Tarifabmachungen auf Grund freiwilliger Verständigung zwischen Zechenverband und Bergarbeiterverbänden aber zufolge Schiedsspruch des Schlichters erfolgen kann. Der Bergbau wird um so weniger die Frage der allgemeinen Preisermäßigung noch längere Zeit ungelöst lassen können, als die offiziellen Preise, die sogenannten „Reichsanzeiger-Preise", nur noch in einem sehr geringen Teil des Gesamtabsatzgebietes erreicht werden, dem Vernehmen nach nur für 20 bis 25 Prozent des Gesamtabsatzes. Da auch in größeren Teilen des unbestrittenen Gebietes die Listenpreise nicht erreicht werden, stellen die offiziellen Preise in Wirklichkeit heute nur noch eine Fiktion dar. Die in den letzten Monaten eingetretene erhebliche Verschlechterung der Absatzlage macht es zu einem dringenden Gebot, auch offiziell eine Entlastung auf der Preisseite eintreten zu lassen. Es wird sich nicht vermeiden lassen, den Preisabbau in Verbindung mit einer Neuregelung der Löhne vorzunehmen. An eine Preisermäßigung ohne Lohnabbau wäre gar nicht zu denken, da der Anteil der fixen Kosten (siehe Schmalenbach-Gutachten) zur Zeit der augenblicklich sehr ungünstigen Beschäftigungslage heute höher als jemals ist. Dieser Gesichtspunkt muß der Argumentation der Gewerkschaften entgegengehalten werden, die davon ausgeht, daß der Lohnkostenanteil an den Gesamtunkosten in den letzten Jahren eine Senkung erfahren habe.

Große englische Siedlungspläne zur Behebung der Arbeitslosigkeit.

TU London, 11. August.

Die britische Regierung hat einen Plan für die Verminderung der Arbeitslosigkeit in Großbritannien vorbereitet, der die Reichskonferenz im Herbst beschäftigen soll. Die wesentlichen Teile dieses Planes gehen dahin, daß eine Anzahl großer öffentlicher Körperschaften gebildet werden soll, die in Zusammenarbeit mit der britischen Regierung und den Regierungen der Dominions umfangreiche Landkäufe in den verschiedenen Teilen des Weltreiches vornehmen und für entsprechende Ansiedlung großer Teile der Arbeitslosen sorgen soll. Den Gesellschaften sollen Konzessionen für den Ankauf bedeutender Landstrecken erteilt werden, die mit Hilfe von Arbeitslosen zu der größtmöglichen Ertragsfähigkeit entwickelt werden sollen.

Der Plan ist bereits von einzelnen Mitgliedern der Regierung eingehend geprüft und gebilligt worden. Daneben hat Landsbury einen Plan für die Verminderung der Arbeitslosigkeit ausgearbeitet, der u. a. die Zurückziehung aller unerwachsenen und älteren Personen aus dem Arbeitsmarkt vorsieht. Danehen sollen alle Personen, die an dem Gebrauch ihrer Glieder irgendwie behindert sind, für gesunde jüngere Kräfte Platz machen und pensioniert werden.

Flugzeugbomben auf ein amerikanisches Bergwerk.

TU New York, 11. August.

Ein geheimnisvoller Vorfall, der riesiges Aufsehen erregt hat, hat sich in Providence im Staate Kentucky zugetragen. Ueber den Bergwerken der Firma Icabor, Young und Holt erschien am Montag plötzlich ein Flugzeug unbekannter Herkunft, das insgesamt neun Bomben abwarf, wodurch die gesamten Kraftanlagen des Bergwerkes zerstört wurden. Das Flugzeug entkam. Die Behörden vermuten einen Racheakt, da bei genannte Bergwerk seit einiger Zeit Schauplatz heftiger Streitigkeiten zwischen organisierten und nichtorganisierten Arbeitern ist.

— **Hindenburg nach Dietramszell abgereist.** Reichspräsident von Hindenburg ist am Montag um 22.06 Uhr vom Anhalter Bahnhof nach München abgereist, um sich nach Dietramszell zu begeben.

— **General Reinhardt wird in Stuttgart beigesetzt.** Vom Wehrkreiskommando 5 (Stuttgart) wird mitgeteilt: Die Beisetzung des Generals der Infanterie a. D. Walther Reinhardt findet Dienstag um 2 Uhr von der Friedhofskapelle des Prag-Friedhofes aus statt.

Verfassungsfeiern unter roten Fahnen.

Der Verfassungstag trug dieses Mal in Berlin eine ganz besondere Prägung. Wie in jedem Jahr, so fand auch gestern eine Anzahl programmatischer Feiern statt, die unter behördlicher Regie standen, deren Charakter dementsprechend einwandfrei war und die unter den Insignien des Staates und der Verfassung vor sich gingen. Wesentlich anders jedoch sah es auf den Straßen und Plätzen der Reichshauptstadt aus, wo die stärkste deutsche Partei, die sich nach außen hin als die berufene Hüterin der Verfassung auszugeben pflegt, den Verfassungstag auf ihre Weise feierte. Die Sozialdemokratische Partei hielt gestern Abend gahlreiche Versammlungen und Kundgebungen ab. In den Abendstunden marschierten in vielen Gegenden der Stadt lange Kolonnen von Demonstranten durch die Straßen hin zu den Versammlungsplätzen. Wohin wir sehen konnten — überall das gleiche Bild:

Zur Verfassungsfeier zogen die Sozialdemokraten unter wehenden roten Fahnen, zur Verfassungsfeier trugen sie Schilder mit der Aufforderung, am 14. September sozialdemokratisch zu wählen, zur Verfassungsfeier prangte über ihren Zügen das Transparent „Republik, das ist nicht viel; Sozialismus ist unser Ziel", zur Verfassungsfeier hatten sie sich den berüchtigten Herrn Zeigner aus Sachsen als Festredner herbeigeholt, zur Verfassungsfeier wagte es dieser ehemalige sächsische Ministerpräsident, sich in verächtlichen Redewendungen gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg zu ergehen, zur Verfassungsfeier sang die sozialistische Arbeiterjugend: „Wir sind die Junge Garde des Proletariats", zur Verfassungsfeier wurden auf dem Gendarmen-Markt von sozialdemokratischen, mit roten Schlipsen gezierten Halbwüchsigen die Farben Schwarz-Rot-Gold, die Farben der gestern gefeierten Weimarer Verfassung verhöhnt,

So sah, um nur einige Beispiele zu nennen, die Verfassungsfeier aus, die die Sozialdemokraten unter sich veranstalteten. Einer ihrer Redner hat offen festgestellt, was in allen diesen Erscheinungsformen zum Ausdruck kam: Daß der Kampf der Sozialdemokratie dem Staate der Weimarer Verfassung gelte, bis der Sieg des Sozialismus, des Proletariats, errungen sei. Das ist nichts Neues. Um so mehr wundert es uns aber, daß es in der bürgerlichen Mitte Parlamentarier gibt, die es fertig bringen, diese sozialdemokratische Partei „staatserhaltend" zu nennen! Wir können nur hoffen, daß die Art, in der die Sozialdemokratie gestern in der geschilderten Weise den Verfassungstag gefeiert hat, dazu beiträgt, die bürgerlichen Wähler über den wahren Charakter der deutschen Sozialdemokratie aufzuklären.

(Bericht über die Verfassungsfeiern siehe zweite Seite.)

Die Belagerung von Peschawar.

Heftige Kämpfe um die Hauptstadt der Nordwestprovinz Indiens. — Scharfe britische Pressezensur.

Peschawar, 11. August.

Eine Abteilung Afridi, die gestern in Peschawar einzudringen versuchte, wurde heftig beschossen. Drei Afridi wurden getötet, mehrere verwundet. Die telegraphischen Verbindungen mit Lahore sind unterbrochen. In Peschawar traf gestern kein einziger Eisenbahnzug ein, und außer einem Güterzuge, der von den Afridi beschossen wurde, verließ kein Zug die Stadt. Der Heizer des Güterzuges wurde verwundet. Die Afridi beschädigten den Bahndamm in der Nähe von Peschawar. Die Beschießung der Aufständischen durch das Fort Peschawar dauert an.

TU London, 11. August.

Wie aus Peschawar gemeldet wird, haben die Afridis nunmehr Badama, etwa 160 Kilometer westlich von Peschawar, angegriffen, wurden jedoch wieder zurückgetrieben. Da sie auch an einer von Peschawar so weit entfernten Stelle zum Angriff übergegangen sind, erweist es sich, daß die Aufstandsbewegung sich immer weiter ausbreitet.

Ueber die Kämpfe unmittelbar vor den Toren von Peschawar liegen weitere Mitteilungen vor. Die von Peschawar hierher gelangten Telegramme tragen aber einen Zensurvermerk und haben auf Anordnung der Zensur mehr oder weniger große Verzögerungen erfahren. Nach diesen Meldungen, die überdies noch eine deutliche Tendenz zeigen, die Vorgänge möglichst unbedeutend erscheinen zu lassen, sind britische Artillerieabteilungen, Panzerwagen und zahlreiche Flugzeuge am Sonnabend nachmittag gegen die bei Peschawar vordringenden Afridis eingesetzt worden. In der Stadt war im Verlauf des Sonnabends

ununterbrochen Geschützfeuer zu vernehmen.

Eine stärkere Abteilung der Afridis wurde in einem dichten Gehölz in der Nähe des Bahnhofs von Peschawar entdeckt, nur wenige Kilometer von den britischen Kasernenanlagen. Der Punkt wurde sofort von Flugzeugen mit Bomben beworfen und mit Artilleriegeschossen belegt, während Panzerwagen gleichzeitig einen Angriff vorbereiteten. Andere britische Militärflugzeuge warfen in weiten Umkreis von Peschawar Bomben auf die Afridis ab. Etwa 18 Kilometer von Peschawar entfernt in der Nähe des Forts Bara ist eine weitere Abteilung Afridis entdeckt worden. Das Ziel der Afridis bestand, wie man annimmt, darin, im Laufe des Sonntags möglichst unauffällig bis in die Nähe der Stadt heranzukommen, um dann im Schutze der Dunkelheit einen gemeinsamen Angriff zu unternehmen. Die fortwährenden Bombenabwürfe durch Flugzeuge und die Entdeckung einzelner Abteilungen haben diesen Plan vorzeitig vereitelt. Seit Sonnabend sind von dem britischen Militärkommando des Bezirks Peschawar noch verstärkte Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden, um ein kongentrisches Vorgehen der Afridis und eine direkte Bedrohung der Stadt Peschawar unter allen Umständen zu vermeiden.

12 Jahre nach dem Krieg.

Tendenziöse Verfälschung der Treviranus-Rede in Paris.

TU Paris, 11. August.

Die Rede des Reichsministers Treviranus hat in Paris wie eine Bombe eingeschlagen. Schon die Montagfrühpresse beschäftigte sich eingehend mit den Ausführungen des Ministers, die sie als eine offene Drohung an die Adresse Frankreichs und Polens hinstellte. Der „Temps" hat ebenfalls die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, wieder einmal ausfallend zu werden. Wenn Treviranus von der für das Reich notwendigen Freiheit gesprochen habe, so könne man dem nur gegenüberhalten, daß Deutschland schon jetzt frei sei, allerdings im Rahmen der Verträge (!). Die Auseinandersetzungen Treviranus' bedeuteten nicht mehr und nicht weniger als

die Freiheit, für einen Krieg zu rüsten,

das linke Rheinufer militärisch zu organisieren und sich der Tributzahlungen zu entziehen, die zu leisten sich Deutschland „freiwillig" durch die Unterzeichnung des Youngplanes verpflichtet habe. Ein deutscher Minister dürfe außerdem der Letzte sein, von der Mißachtung des Reiches zu sprechen, denn das Deutsche Reich verdanke seine Stellung lediglich der offensichtlichen Vergewaltigung des Rechtes seit 47 Jahren und der Unterdrückung nichtdeutscher Volksstämme im Westen, Norden und Osten (!). Das imperialistische Deutschland sei nach vierjährigem Krieg vernichtet worden, einem Krieg, den es

„mit den barbarischsten Methoden und den verachtungsvertiefsten Verletzungen sämtlicher Menschenrechte"

geführt habe. Als Antwort könne man dem deutschen Minister nur die Worte entgegenhalten, die Poincaré am Sonntag gebrochen habe, als er erklärte, Frankreich sei es seinen Toten schuldig, von niemandem offen oder hinterrücks die bestehenden Verträge ändern zu lassen. Die Auslegung der deutschen Presse, wonach Treviranus nur seine persönliche Auffassung gegeben habe, sei nicht maßgebend. Entweder teile das Reichskabinett die Ansicht Treviranus' oder nicht. Im ersten Falle sei Frankreich über die Ziele der deutschen Politik unterrichtet und im zweiten hätten Brüning und die übrigen Mitglieder der Reichsregierung „die Pflicht, sich offen gegen Treviranus auszusprechen". Man werde es unter den gegenwärtigen Umständen in Frankreich nicht verstehen, wenn er dennoch Mitglied einer Regierung bleibe, die entschlossen sei, die Entspannungs- und Annäherungspolitik Stresemanns fortzusetzen.

Das „Journal des Débats" wendet sich ebenfalls in scharfen Worten gegen die Ausführungen Treviranus', die es als einen Appell an den Krieg und die Macht hinstellt. Treviranus habe eindeutig erklärt, daß er nur in einem Krieg die Verwirklichung seiner Wünsche sehe.

Und abermals:

Die deutsche Jugend in Gefahr!

In der letzten Zeit hat sich die linksradikale Tätigkeit vornehmlich auf die Gebiete des kulturellen Lebens erstreckt, deren Erfolge heute an zwei besonders wichtigen Beispielen — Kirche und Schule — kurz aufgezeichnet werden sollen.

Ueber die organisatorische Bedeutung der kommunistischen Religionsbekämpfung und ihre Erfolge mögen folgende Angaben (auf Grund offizieller kommunistischer Parteimitteilungen) unterrichten:

Bezirk Rheinland: 1. Quartal 1930: selbstgesetztes Kirchenaustrittssoll 1000, erreicht wurden vom 1. Januar bis 31. März 4490, sowie ein Zugang von 3545 Mitgliedern. Es wurden 93 öffentliche Anti-Papst-Kundgebungen und 8 Funktionärkurse für rund 50 Funktionäre durchgeführt.

Bezirk Mitteldeutschland: Mitgliedszuwachs von Ende 1929 bis Ende April 1930 4539. Mitgliedsbestand danach 16900. Erreichte Kirchenaustritte 2300. Vertrieben wurden 312000 Flugblätter und 34000 Broschüren (letztere stärken die Kassen des Verbandes).

Bezirk Thüringen: Mitgliedszuwachs vom Oktober 1929 bis April 1930 6000. Erzielter Reingewinn 86 Prozent der Gesamteinnahmen.

Ueber die Ziele und die Taktik („Eingliederung der Freidenkerbewegung in die gesamte große Klassenfront des Proletariats") geben am anschaulichsten Aufschluß Ausführungen des auf diesem Gebiet führenden Kommunisten Maslowski; er sagte:

„Der proletarischen Auffassung kommt es darauf an, auch die gläubigen Proletarier zunächst in eine einheitliche Klassenfront des unmittelbaren Kampfes hineinzubringen. Das aber geschieht nicht durch Verletzung religiöser Gefühle und der damit verbundenen Erweckung des religiösen Fanatismus. Der Bedingtheit der Religiosität kann am besten zuleibe gerückt werden durch gemeinsame praktische Kämpfe aller Proletarier ohne Rücksicht auf die Religion gegen den Kapitalismus."

Um die kommunistische Freidenkeragitation nicht zu stören, wird immer wieder darauf verwiesen, daß Spott und Verächtlichmachung von religiösen und kirchlichen Gebräuchen und Einrichtungen allein nicht genügen, die Massen zu überzeugen, ja, daß damit sogar oft das Gegenteil des Gewünschten erreicht wird. („Proletarische Freidenkerstimme" Nr. 6 vom Juni 1930.) Festzustellen ist, daß auch auf dem Gebiete der Religionsbekämpfung eine heinahe restlose Uebereinstimmung vorliegt zwischen dem Sozialismus und dem Kommunismus. In den Leitsätzen der Internationale Proletarischer Freidenker, die heute sozialdemokratisch beherrscht ist und die gegen eine stärkere kommunistische Opposition kämpft, heißt es (im beinahe restlos kommunistischer Ideologie):

„Die proletarische Freidenkerbewegung ist ein Zweig der großen sozialistischen Gesamtbewegung des revolutionären Klassenkampfes und des wissenschaftlichen Sozialismus, durch Zerstörung der religiösen und bürgerlichen Ideologien in den Köpfen des Proletariats an der Verwirklichung der alle Völker und Klassen umfassenden klassenlosen Gemeinschaftskultur mitzuarbeiten."

Wem die Fortschritte in der Freidenkerbewegung in der Hauptsache zu verdanken sind, wird von dem Vorsitzenden des sozialistischen Freidenker-Verbandes, Sievers, ganz offen gesagt; er schrieb am 28. April darüber im „Vorwärts":

„Im letzten Jahrzehnt ist die Freidenkerbewegung zu einer mächtigen Massenorganisation herangewachsen. Man darf wohl sagen, daß es die demokratische Republik war, die die Voraussetzung für die Ausbreitung der atheistischen Weltanschauung schuf." (Besonders interessant für die Preußenkoalition unter führender Zentrumsbeteiligung!)

Unter dem Eindruck dieses gewaltsamen Kampfes ist es schon so weit gekommen, daß vor kurzem im Reichstag die Zentrumsabgeordnete Frau Weber in grenzenloser Bescheidenheit sagte, „der sozialistische Kulturwille soll nicht unterdrückt werden, aber wir verlangen ebenfalls Raum für die deutsch-christliche Volksbewegung"; man spricht also sogar im Zentrum von einem sozialistischen Kulturwillen und zeigt seine Neigung mehr, diesen sozialistischen Kulturwillen, der die christliche Kultur nur unterdrücken und beseitigen will, in die ihm gebührenden Schranken zurückzuweisen.

Genau so intensiv und erfolgreich wie auf kirchlich-religiösem Gebiet ist der sozialistische Kampf auch auf dem Gebiet der Schulen. Besonders bezeichnend hierfür ist das Ergebnis der Berliner Elternbeiratswahlen, die auf bürgerlich-christlicher Seite entweder überhaupt nicht beachtet oder falsch dargestellt worden sind. Tatsache ist, daß im Vergleich zu den Zahlen des Vorjahres bei den diesjährigen Berliner Wahlen bei einem Rückgang der Sitze um rund 8 Prozent die christlich-unpolitische Liste